

# MIGRATION, SOZIALE BEWEGUNGEN UND SELBSTORGANISATION

Gewerkschaftliche und urbane Kämpfe von und  
für Migrant\*innen seit den 1960er Jahren

Simon Goeke, Caner Tekin (Hg.)





# Sozialgeschichte in Bewegung

## Forschungen zur Sozialgeschichte und zur Geschichte sozialer Bewegungen

Herausgegeben vom  
Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum



INSTITUT FÜR  
**SOZIALE  
BEWEGUNGEN**

Band 75

Vormals: Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen.  
Schriftenreihe A: Darstellungen

Simon Goeke / Caner Tekin (Hg.)

# **Migration, soziale Bewegungen und Selbstorganisation**

Gewerkschaftliche und urbane Kämpfe  
von und für Migrant\*innen seit den 1960er Jahren

BÖHLAU

Dieser Band entstand in Kooperation mit dem Münchner Stadtmuseum.  
Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Fritz Thyssen Stiftung, Köln  
und des Fördervereins des Instituts für soziale Bewegungen e. V.



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2025 Böhlau, Lindenstraße 14, D-50674 Köln, ein Imprint der Brill-Gruppe  
(Koninklijke Brill BV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA; Brill Asia Pte Ltd,  
Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland; Brill Österreich GmbH, Wien,  
Österreich)

Koninklijke Brill BV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Schöningh, Brill Fink,  
Brill mentis, Brill Wageningen Academic, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau und  
V&R unipress.

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen  
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Türkische Gasterbeiter beim Opel-Warnstreik in Rüsselsheim.

© bpk / Mehmet Ünal.

Umschlaggestaltung: Guido Klütsch, Köln  
Satz: le-tex publishing services, Leipzig

**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)**  
E-Mail: [info@boehlau-verlag.com](mailto:info@boehlau-verlag.com)

ISBN 978-3-412-53218-5

## Inhalt

*Simon Goeke, Caner Tekin*

Einleitung: Migration, soziale Bewegungen und Selbstorganisation.  
Gewerkschaftliche und urbane Kämpfe von und für Migrant\*innen  
seit den 1960er-Jahren ..... 7

*Simon Goeke*

Migration, Selbstorganisation und der Internationalismus der  
Achtundsechziger ..... 23

*Wolfgang Jäger*

Die Grenzen der Migrationspolitik von IGBE und IG CPK von den  
1970er bis in die 1990er-Jahre..... 41

*Nihat Öztürk*

Migrantische Kämpfe um Anerkennung und die Rolle  
der Gewerkschaften. Eine kritische Zwischenbilanz am Beispiel der  
IG Metall ..... 67

*Milena Prekodravac*

Gesellschaftsbilder und betriebliches Engagement. Solidarität und  
Positionierung gewerkschaftlich aktiver Betriebsratsmitglieder und  
Vertrauensleute ..... 101

*Lisa Riedner*

Gegen Arbeitslosigkeit und Rassismus? Die IG Metall und der  
Kampf um Arbeitszeitkürzung im Jahr 1984..... 125

*Caner Tekin*

Zwischen Antikommunismus und religiöser Selbstorganisation.  
Gewerkschaftspolitik konservativ-religiöser türkeistämmiger  
Organisationen in Köln 1961–1991 ..... 149

*Elisabeth Kimmerle*

Politische Nähkurse. Türkische Frauenvereine als Orte lokaler  
Selbstorganisation und transnationaler Mobilisierung (1975–1990)..... 169

*Stefan Zeppenfeld*

Engagement und Solidarität im „migrantischen“ Stadtteil.  
Selbstorganisation in Strukturen West-Berliner Kindertagesstätten  
und Hausprojekte am Beginn der 1980er-Jahre ..... 189

*Tom Drechsel, Carsta Langner, Nick Wetschel*

„Alle, die nicht nur traurig und wütend sein wollen über das, was  
mit Ausländern passiert, sollten lieber etwas tun.“  
Migrationspolitisches Engagement in der postsozialistischen  
Umbruchgesellschaft Ostdeutschlands ..... 211

*Stijn Carpentier*

Von Innen, zusammen und alleine. Mobilisierung und Integration  
marokkanischer und türkeistämmiger Arbeitsmigrant\*innen in die  
belgischen Gewerkschaften nach dem Anwerbestopp (1974–1985) ..... 229

Autor\*innenverzeichnis ..... 257

Simon Goeke, Caner Tekin

## **Einleitung: Migration, soziale Bewegungen und Selbstorganisation**

### **Gewerkschaftliche und urbane Kämpfe von und für Migrant\*innen seit den 1960er-Jahren**

Wie organisierten sich Migrant\*innen im Kampf um die Anerkennung ihrer Rechte und mit welchen Institutionen und Organisationen der deutschen Gesellschaft wirkten sie zusammen? Um diesen Fragen nachzugehen, lud das Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum im Rahmen des von der Fritz-Thyssen-Stiftung geförderten Projekts „Migrant\*innenorganisationen im Vergleich: Zusammenspiele zwischen Generationen und Geschlechtern“ zu einem zweitägigen Workshop im September 2022 ein. Zusammen kamen Historiker\*innen, Soziolog\*innen und Gewerkschafter\*innen, die sich über die Geschichte der migrantischen Selbstorganisation im Zusammenhang mit der Gewerkschaftsbewegung und den urbanen sozialen Bewegungen austauschten. Der nun vorliegende Band versammelt zehn Beiträge, die sich mit unterschiedlichen Aspekten von migrantischen Selbstorganisationen in der Zeit- und Gegenwartsgeschichte beschäftigen und teilweise bereits auf dem Workshop vorgestellt und diskutiert wurden. Im Fokus der Studien stehen die historischen Entwicklungen institutioneller Strukturen und die Strategien von migrantischen Selbstorganisationen in ihrer Interaktion mit der westdeutschen Gesellschaft. Darüber hinaus widmet sich ein Beitrag den migrantischen Selbstorganisationen aus der DDR und ihrem Kampf um Anerkennung in der ostdeutschen Umbruchgesellschaft und ein weiterer Beitrag dem Verhältnis von Migrant\*innen und Gewerkschaften in Belgien.

Im Kampf um die Anerkennung ihrer Rechte engagierten sich Arbeitsmigrant\*innen in Westdeutschland seit den 1950er-Jahren vor allem in den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), seit der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 zunehmend auch in Betriebsräten und später, wenn auch in geringerem Umfang, in kommunalen Ausländer-, Migrations-, oder Integrationsbeiräten. Zusätzlich standen sie auch in engem Kontakt mit deutschen Wohlfahrtsverbänden und kirchlichen Organisationen, die den migrantischen Beschäftigten und ihren Familien verschiedene kulturelle Angebote machten und sie in verschiedenen Bereichen berieten. Die drei großen westdeutschen Wohlfahrtsverbände Arbeiterwohlfahrt (AWO) Caritas und Diakonie wurden von der Bundesregierung mit der Betreuung der Arbeitsmigrant\*innen beauftragt. Mit Beratungsbüros und kulturellen Begegnungsstätten boten sie schon in den 1950er-Jahren einen wichti-

gen institutionellen und räumlichen Rahmen für die ersten Ansätze migrantischer Selbstorganisation.

Seit Ende der 1960er-Jahre nahmen die unabhängig von den Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden gegründeten, politischen, kulturellen und religiösen Vereine zu. Oft standen diese Selbstorganisationen unter dem Einfluss verschiedener politischer Strömungen der jeweiligen Herkunftsländer oder organisierten sich auf der Grundlage von regionalen und kulturellen Zusammenhängen der Arbeitsmigrant\*innen. Viele von ihnen schlossen sich politisch motivierten Dachverbänden an. Mit dem Entstehen von Berufs-, Interessen- und Hobbygruppen wie dem Spanischen Elternverein oder dem Türkischen Lehrerverein entwickelten sich einige dieser Dachverbände zu interessenorientierten Solidaritätsnetzwerken.<sup>1</sup> Aufgrund der Beruhigung der politischen Verhältnisse in den Herkunftsländern, der sichereren Bleibeperspektiven in der Bundesrepublik und der Unterstützung der integrationsorientierten Arbeit der Vereine durch Kommunen und Wohlfahrtsverbände verlagerte sich der Schwerpunkt der Vereinsarbeit seit dem Ende der 1980er-Jahre von kulturellen und heimatkundlichen Aktivitäten hin zu Bildungs- und Sozialarbeit.<sup>2</sup>

In historischen Studien wird die politische Aktivität der Arbeitsmigrant\*innen in der Nachkriegszeit meist unter dem Aspekt ihrer Beteiligung an migrantischen, deutschen und transnationalen Organisationen untersucht, wobei vor allem die Beziehungen der Migrant\*innen zu den DGB-Gewerkschaften im Vordergrund stehen.<sup>3</sup> Frühere Arbeiten haben die Lücken und Ambivalenzen in der gewerkschaftlichen Migrationspolitik bis Ende der 1970er-Jahre diskutiert.<sup>4</sup> Demnach

1 Öztürk, Nihat (Hg.): Etappen, Konflikte und Anerkennungskämpfe der Migration, Berlin 2022.

2 Latorre, Patricia/Zitzelsberger, Olga: MigrantInnenselbstorganisationen und Soziale Arbeit. Was der Zusammenarbeit auf Augenhöhe im Wege steht, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 2 (2011), S. 49–58; Cortés, Sergio: Das Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen Gesamtverband, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 2 (2011), S. 92–95. Çakır, Murat: Eine deutsch-deutsch-türkische Geschichte, in: Albert Scharenberg (Hg.): *Der lange Marsch der Migration*, Rosa-Luxemburg Stiftung, Berlin 2020, S. 43–66; Halm, Dirk/Sauer, Martina/Naqshband, Saboura/Nowicka, Magdalena: *Wohlfahrtspflegerische Leistungen von säkularen Migrantenorganisationen in Deutschland, unter Berücksichtigung der Leistungen für Geflüchtete*, Baden Baden 2020.

3 Siehe: Öztürk, Etappen; Goeke, Simon: „Wir sind alle Fremdarbeiter!“, Gewerkschaften, migrantische Kämpfe und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland der 1960er und 1970er-Jahre, Paderborn 2020; Trede, Oliver: *Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration*. Gewerkschaften und Arbeitsmigration In der Bundesrepublik und in Großbritannien in den 1960er und 70er-Jahren. Paderborn 2015; Hunn, Karin: „Nächstes Jahr kehren wir zurück ...“ Die Geschichte der türkischen ‚Gastarbeiter‘ in der Bundesrepublik, Göttingen 2005.

4 Trede, *Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration*, S. 265–327; Seidel, Hans-Christoph: Die Bergbaugewerkschaft und die ‚Gastarbeiter‘. Ausländerpolitik im Ruhrbergbau vom Ende der 1950er bis in die 1980er-Jahre, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 1 (2014), S. 35–68; Hunn: *Nächstes Jahr*, S. 227; Dies.: *Asymmetrische Beziehungen: Türkische ‚Gastarbeiter‘ zwischen Heimat und*

wurden die Probleme und Bedürfnisse der Arbeitsmigrant\*innen meist erst nach lokalen Streiks und Protesten auf die gewerkschaftliche Agenda gesetzt und es dauerte lange bis ausländische Gewerkschafter\*innen auch auf den Führungsebenen vertreten waren. In vielen Fällen brachten migrantische Selbstorganisationen und linke Gruppen die Forderungen der ausländischen Beschäftigten direkter zum Ausdruck und hielten sich auch nicht mit scharfer Kritik gegenüber den Gewerkschaften zurück.<sup>5</sup> Die von Migrant\*innen initiierten betrieblichen Streiks zu Beginn der 1970er-Jahre, machten den Mangel an gewerkschaftlicher Vertretung allzu deutlich, sorgten aber auch dafür, dass die Gewerkschaften in der Folge mehr Engagement zeigten.<sup>6</sup>

Migrantische Netzwerke und Organisationen engagierten sich jedoch Ende der 1960er und Anfang der 1970er-Jahre immer öfter auch jenseits ihres Arbeitsplatzes. So vermehrten sich Kämpfe um bezahlbaren und menschenwürdigen Wohnraum in den Großstädten, in denen Migrant\*innen häufig zu übersteuerten Mieten in unsanierten Altbauten des erweiterten Stadtzentrums wohnten. Als im Jahr 1974 die Bundesregierung beschloss die Höhe des Kindergelds vom Wohnort der Kinder und von bilateralen Abkommen mit den Herkunftsstaaten der migrantischen Beschäftigten abhängig zu machen, traten Migrant\*innen erstmals als eine bundesweite Protestbewegung auf.<sup>7</sup> Die Hausbesetzungen in verschiedenen Großstädten und die Kindergeldkampagne 1974 wurden meist von multinationalen Gruppen getragen, an denen auch linke Aktivist\*innen ohne Migrationsbiografie beteiligt

---

Fremde. Vom deutsch-türkischen Anwerbeabkommen bis zum Anwerbestopp (1961–1973), in: Archiv für Sozialgeschichte, 42 (2002), S. 145–172; Karahasan, Yılmaz/Öztürk, Nihat: Migrantinnen und Migranten in der IG Metall. Eine Zwischenbilanz, in: Kühne, Peter/Öztürk, Nihat/West, Klaus-W. (Hg.): Gewerkschaften und Einwanderung. Eine kritische Zwischenbilanz, Köln 1994, S. 284–297, hier 285–287; Castles, Stephen: Labour migration and the trade unions in Western Europe, Centre for Multicultural Studies, University of Wollongong, Occasional Paper, 18 (1990), S. 1–19, hier 7–9; Dohse, Knuth: Ökonomische Krise und Ausländerrecht, in: Kritische Justiz, 9 (1976), S. 233–257; Ders: Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat, Berlin: 1985.

5 Goeke, Simon: The Multinational Working Class? Political Activism and Labour Migration in West Germany During the 1960s and 1970s, *Journal of Contemporary History*, 49.1 (2014), S. 160–182.

6 Öztürk, Etappen, S. 30–32; Ders./Cafaro, Nuria/Hüttner, Bernd/Weis, Florian (Hg.): „Der Streik hat mir geholfen, als junger Mensch Kraft aufzubauen.“ Migrantische Kämpfe gegen Ausbeutung und Rassismus, Berlin 2025; Birke, Peter: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark. Frankfurt am Main 2007, S. 330–335.

7 Karakayali, Serhat: Lotta Continua in Frankfurt, Türken-Terror in Köln. Migrantische Kämpfe in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Buden, Boris/Dokuzovic, Lina (Hg.): They'll Never Walk Alone. The Life and Afterlife of Gastarbeiters, Wien 2008, S. 71–88; Bojadžijev, Manuela: Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. Münster 2008, S. 205–213; Kaikis, Stavros: Zur Praxis der gewerkschaftlichen Ausländerpolitik. Ein Diskussionsbeitrag aus der Sicht der Ausländer, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 8 (1977), S. 515–523, hier 520.

waren. Damit wurde deutlich, dass sich die Proteste von Migrant\*innen nicht mehr allein gegen die Arbeits- und die damit verbundene Wohnheimsituation richteten, sondern dieses Primat des Arbeitsmarkts und die damit verbundenen politischen Familienkonzepte kritisierten. Es wurde nicht mehr hingenommen, dass die Regierung die sozialen Rechte und Bedürfnisse ausländischer Beschäftigter und ihrer Familien unberücksichtigt lies.<sup>8</sup>

Die Partizipation an den DGB-Gewerkschaften wird in diesem Band als ein weiterer Aspekt der von Migration beeinflussten sozialen Bewegungen untersucht. Die Gewerkschaften kritisierten zwar bereits Ende der 1960er-Jahre die auf Rotation ausgerichtete Anwerbepolitik der Bundesregierung<sup>9</sup>, jedoch änderte das lange nichts an dem auch von ihnen vertretenen Mantra, dass die Bundesrepublik kein Einwanderungsland sei und ein solches auch nicht werden könne. In den Stellungnahmen des DGB aus dem Jahre 1971 und 1973 verpflichteten sich die Gewerkschaften dazu, sich mit den Problemen der ausländischen Beschäftigten stärker auseinanderzusetzen, und forderten eine Liberalisierung des Ausländergesetzes.<sup>10</sup> Während der gesamten 1970er-Jahre vollzogen die Gewerkschaften diesen Wandel trotz der weiter bestehenden gewerkschaftlichen Positionierung für ein Inländerprimat auf dem deutschen Arbeitsmarkt.<sup>11</sup>

Vor allem die langjährige Überzeugung des DGB-Vorstandes, dass die BRD kein Einwanderungsland sei, untermauerte die Ambivalenz zwischen der Forderung nach einer Verbesserung der Lebenssituation der Arbeitsmigrant\*innen und der Unterstützung des Anwerbestopps sowie den Beschlüssen der Bundesregierung, Einwanderung in die Bundesrepublik weitestgehend zu verhindern.<sup>12</sup> Als der Verbleib einer großen Zahl ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien in Westdeutschland absehbar wurde, setzten sich die DGB-Gewerkschaften verstärkt für die Gleichberechtigung und den sicheren Aufenthalt ihrer Mitglieder mit Migrationshintergrund sowie für Solidarität und den Kampf gegen rassistische Diskriminierung ein. Im Gegenzug stieg die Zahl der Mitglieder mit Migrationshintergrund in den DGB-Gewerkschaften immer weiter an. Der Organisationsgrad unter den migrantischen Beschäftigten der Industrie war schon bald so hoch, dass von einem

8 Strokes, Lauren: *Fear of the Family: Guest Workers and Family Migration in the Federal Republic of Germany*, New York 2022, S. 3–4.

9 Ebd., S. 178–182.

10 Hunn, *Nächstes Jahr*, S. 294.

11 Tekin, Caner: „Foreign Worker“ Perspectives between German Trade Unions and Turkish Worker Organisations after the Recruitment Ban: Evidence from the Migrant Activism in Frankfurt, *Migration Letters of the Transnational Press London*, 20.1 (2023), S. 11–24.

12 Kühne, Peter: *The Federal Republic of Germany the Ambivalent Promotion of Immigrants' Interests*, in: Penninx, Rinus/Roosblad, Judith (Hg.): *Trade Unions, Immigration, and Immigrants in Europe, 1960–1993: A Comparative Study of the Attitudes and Actions of Trade Unions in Seven West European Countries*, New York 2000, S. 39–64.

Wandel der Gewerkschaften hin zu „Migrant\*innenorganisationen“ gesprochen wird.<sup>13</sup> Andererseits ging der steigende Anteil der Gewerkschaftsfunktionär\*innen und Gewerkschaftsmitglieder mit Migrationshintergrund im Mitbestimmungsprozess nicht mit einer stärkeren Repräsentation in höheren Gewerkschaftsvorständen einher.<sup>14</sup> Der weitere Anstieg der Zahl von Gewerkschaftsmitgliedern mit Migrationshintergrund in den letzten Jahrzehnten spricht dafür, dass der Wandel in den Gewerkschaften in Bezug auf migrantische Teilhabe noch nicht abgeschlossen ist.<sup>15</sup> Dieser Wandel verlief in den Mitgliedsgewerkschaften des DGB und in den lokalen Gewerkschaftsführungen unterschiedlich.<sup>16</sup>

Nach den spontanen Protesten der Arbeitsmigrant\*innen standen die Gewerkschaftsführer ab Ende der 1970er-Jahre im Zentrum einer neuen Welle von Streiks und Protesten, an denen deutsche und ausländische Arbeitnehmer\*innen gemeinsam beteiligt waren. Kollektive Beispiele wie die Hamburger Werftbesetzung oder der Kampf für die 35-Stunden-Woche wurden als Solidaritätsaktion zwischen Arbeitsmigrant\*innen und deutschen Gewerkschaftern gegen Arbeitslosigkeit und Diskriminierung von Migrant\*innen verstanden.<sup>17</sup> Inwieweit Arbeitsmigrant\*innen in der organisatorischen Leitung dieser von Gewerkschaften und Gewerkschaftern geleiteten Solidaritätsveranstaltungen vertreten waren und inwieweit die Forderungen der teilnehmenden migrantischen Gruppen in die Agenda der Demonstrationen aufgenommen wurden, wird jedoch erst seit kurzem diskutiert.<sup>18</sup>

Die DGB-Gewerkschaften hielten sich in der Regel von den Demonstrationen und Aktivitäten der Selbstorganisationen bis in die 1980er-Jahre fern.<sup>19</sup> Sie waren dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet, wollten deshalb vor allem die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer\*innen vertreten, und eine gewisse

---

13 Carstensen, Anne Lisa/Hess, Sabine/Riedner, Lisa/Schwenken, Helen: Solidarität-Kooperation-Konflikt, Migrantische Organisationen und Gewerkschaften in den 1970/1980er-Jahren, Hamburg 2022, S. 12.

14 Karahasan, Yilmaz/Öztürk, Nihat: Migrantinnen und Migranten in der IG Metall. Eine Zwischenbilanz, S. 284–297, hier 286–287.

15 Karakayali, Serhat/Bouali, Celia: Migrantische Aktive in der Mitbestimmung, Working Paper Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung, 228 (2021), online: [https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=HBS-008115](https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008115) (letzter Zugriff: 18.11.2024).

16 Jäger, Wolfgang: Arbeitsmigration und Gewerkschaft: Die Recklinghäuser Tagung als migrationspolitisches Forum der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Working Paper Forschungsförderung, 238 (2022), online: [https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=HBS-008247](https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008247) (letzter Zugriff: 18.11.2024)

17 Carstensen et al., Solidarität-Kooperation-Konflikt, S. 96–124, 199–225.

18 Ebd., S. 212–214; Hunn, Nächstes Jahr, S. 393–394.

19 Lorenz, Robert: Gewerkschaftsdämmerung: Geschichte und Perspektiven deutscher Gewerkschaften, Bielefeld 2013, S. 64 u. 166.

politische Neutralität wahren.<sup>20</sup> Die Angst vor einer politischen Infiltration durch ausländische Arbeitnehmergruppen trug zusätzlich zu der ablehnenden Haltung der Gewerkschaften bei. Vor allem in den 1960er bis 1980er-Jahren, inmitten der politischen Unruhen in Ländern wie der Türkei, Griechenland, Spanien und Portugal, richteten sich viele von Migrant\*innen getragene Proteste gegen die autoritären und militärischen Regierungen in ihrer Heimat.<sup>21</sup> Hochrangige Gewerkschaftsvertreter befürchteten, dass politisch aktive Arbeitsmigrant\*innen ihre ideologische Agenda verfolgen könnten, was zu einer Rivalität mit den Gewerkschaften führen oder sie von ihrem Hauptaugenmerk auf die Belange der Arbeitnehmer\*innen ablenken könnte.<sup>22</sup> Dies hinderte die örtlichen Gewerkschaftsverbände jedoch nicht daran, Beziehungen zu Selbstorganisationen aufzunehmen. Auf lokaler Ebene zeigten die Gewerkschaften ihre Solidarität mit Arbeitsmigrant\*innen in den 1970er und 1980er-Jahren, indem sie zunehmend gemeinsam mit Selbstorganisationen gegen die von Arbeitsmigrant\*innen erlebte Ungerechtigkeit und wachsenden Rechtsextremismus arbeiteten.<sup>23</sup>

Schon lange vor 1986, als die Forderung nach einem Kommunalwahlrecht für Migrant\*innen auf dem DGB-Bundeskongress in Hamburg beschlossen wurde, gab es in dieser Frage einen breiten gewerkschaftlichen Konsens und sogar eine Zusammenarbeit zwischen zahlreichen lokalen Gewerkschaftsorganisationen und Migrant\*innenverbänden.<sup>24</sup> In den 1970er und 1980er-Jahren kam es auf lokaler Ebene auch zu einer zunehmenden Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Selbstorganisationen, zunächst gegen die Grauen Wölfe und dann gegen deutsche Neonazis.<sup>25</sup> Dies macht auf zwei Punkte aufmerksam: Erstens ergriffen Arbeitsmigrant\*innen in Führungspositionen der DGB-Gewerkschaften und Selbstorganisa-

20 Hunn, Nächstes Jahr, S. 393–394; Castles, Labour Migration, S. 7.

21 Clarkson, Alexander: Fragmented Fatherland. Immigration and Cold War Conflict in the Federal Republic of Germany, 1945–1980, New York 2013, S. 176–185.

22 Goeke, The Multinational Working Class?, S. 175–176; Kühne, The Federal Republic of Germany, S. 39; Kontos, Maria: Verbandsstrategien zur Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik, Königstein/Ts. 1983, S. 181–182.

23 Berger, Stefan/Jäger, Wolfgang/Teichmann, Ulf: „Erinnerungsgeschichte sozialer Demokratie, Gewerkschaften im Gedächtnis der Demokratie“, in: Dies. (Hg.): Gewerkschaften im Gedächtnis der Demokratie, Bielefeld 2022, S. 35; Carstensen et al., Solidarität-Kooperation-Konflikt, S. 274; Alexopoulou, Maria: Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen, Stuttgart 2020, S. 233; Öztürk, Nihat/Trede, Oliver: „Migrations – und Integrationsarbeit – wie ‚Gastarbeiter‘ gleichberechtigte Kolleg\*innen wurden“, in: Hofmann, Jörg/Benner, Christiane (Hg.): Geschichte der IG Metall. Zur Entwicklung von Autonomie und Gestaltungskraft, Frankfurt am Main 2019, S. 465–484.

24 Tekin, Foreign Worker, S. 11–24.

25 Ders.: „Graue Wölfe“ in der Bundesrepublik Deutschland. Gemeinsame Reaktionen linker türkischstämmiger Migrant:innenorganisationen und deutscher Gewerkschaften bis 1980, in: Archiv für Sozialgeschichte, 63 (2023), S. 287–310.

tionen die Initiative zur Anerkennung von Migrant\*innen. Zweitens trugen sie zur Transnationalisierung politischer Themen wie dem Demokratiedefizit in der Türkei bei und fungierten als Brücke zwischen Gewerkschaften und Migrant\*innenorganisationen. Viele dieser Aktivist\*innen waren sowohl in Gewerkschaften als auch in Migrant\*innenorganisationen aktiv und wirkten am sozialen und kulturellen Wandel beider Seiten hin zu einer gemeinsamen Interessenvertretung mit.<sup>26</sup> Der ehemaligen Generalsekretär der IG Metall, Yilmaz Karahasan, und der ehemalige Bevollmächtigte und Geschäftsführer der IG Metall Düsseldorf-Neuss Nihat Öztürk, der einen eigenen Beitrag in diesem Band verfasst hat, sind nur zwei der prominentesten Beispiele dafür. Der Kampf für migrantische Belange fand folglich meist auf lokaler Ebene in dynamischen Netzwerken zwischen migrantischen Selbstorganisationen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden statt.

Für die Geschichtsschreibung ist es von besonderem Gewinn, die Zusammenhänge von Selbstorganisationen, Gewerkschaften und anderen Organisationen auf lokaler Ebene zu untersuchen. Die Erforschung der Lokalgeschichte, also des migrantischen Aktivismus in Ballungsgebieten, rückt diese Protestaktivitäten sowie das Ausmaß der Kooperationen und Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Selbstorganisationen vor allem aus zwei Gründen näher: Sie macht erstens Akteure, wie migrantische Organisationen und Gewerkschaftsgliederungen sichtbar und zeigt auch die Heterogenität zwischen den bundesweiten Positionen der Gewerkschaften und der realen Zusammenarbeit vor Ort.<sup>27</sup> Ein genauerer Blick auf die Maikundgebungen in den Ballungszentren ergibt beispielsweise die Diskrepanz der Interessen und Versammlungsthemen von Gewerkschaften und Selbstorganisationen sowie von Gewerkschaftsfunktionären mit und ohne Migrationshintergrund.<sup>28</sup> Zweitens wird auf lokaler Ebene viel deutlicher, wie sich der Rassismus jeweils historisch konstituierte. In neueren Studien wird Rassismus häufig als vernachlässigte Schnittstelle zwischen Migrationsgeschichtsschreibung und Erinnerungsarbeit genannt. Für die Erforschung einer deutschen Migrationsgeschichte, die Rassismus ebenso wie die Vermittlung des kollektiven Gedächtnisses in den Blick nimmt, erscheint es ebenso erforderlich, die Arbeit von Migrant\*innen-

26 Carstensen, Anne Lisa: „Challenging the trade union agenda: migrants’ interest representation and German trade unions in Hamburg in the 1970s and 1980s“, in: *Labor History*, 62.1 (2021), S. 23–40.

27 Carstensen et al., *Solidarität-Kooperation-Konflikt*, S. 276; Reichhold, Clemens: *Migrantische Organisationen und Gewerkschaften in den 70er und 80er-Jahren*. Das Beispiel Frankfurt am Main, Hans Böckler Stiftung Working Paper Forschungsförderung 208 (2021), online: [https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=HBS-007973](https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-007973) (letzter Zugriff: 18.11.2024), S. 17.

28 Haunss, Sebastian: „Spuren des Protests in Bremen“, in: Probst, Lothar/Güldner, Matthias/Klee, Andreas (Hg.): *Politik und Regieren in Bremen*, Wiesbaden 2022, S. 413–434; Goeke, *Fremdarbeiter*, S. 271–272; Bojadzije, *Die windige Internationale*, S. 177; Andersen, Knud: *Gebremste Radikalisierung. Die IG Metall und ihre Jugend 1968 bis in die 1980er-Jahre*, Göttingen 2016, S. 166–167.

organisationen in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu untersuchen.<sup>29</sup> Begreifen wir Rassismus nicht allein als Ideologie und gesellschaftsprägende Struktur, sondern auch als einen Prozess, der sich an die antirassistischen Diskurse und Praktiken anpasst, dann sind es gerade lokalen Bündnisse und Auseinandersetzungen, die Aufschluss über die Welt des ‚Sagbaren‘ und ‚Veränderbaren‘ geben. In neuesten Veröffentlichungen tritt deshalb der Kampf gegen Rassismus in den Vordergrund als ein historisches Kooperations- und Spannungsfeld zwischen Selbstorganisationen und Gewerkschaften. Obwohl sich die DGB-Gewerkschaften seit dem Wiederaufleben des Neonazismus verstärkt in diesem Kampf engagieren, erfordert die historische Entwicklung der Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit migrantischen Gruppen neue Fallstudien auf lokaler Ebene.

Die Leitfragen des Bandes drehen sich daher um Aspekte der Mobilisierung von Migrant\*innen auf lokaler Ebene in Bezug auf die oben genannten Organisationen, wobei der Schwerpunkt auf gewerkschaftlicher Organisation und Selbstorganisation liegt. Wo liegen die Kooperations- und Spannungsfelder zwischen Migrant\*innenorganisationen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland? Wie bewegten sich die Selbstorganisationen zwischen den Prioritäten Beratung, Selbsthilfe, Religionsdienst, Klassenkampf und Sozialpolitik? Wie hat sich der Kampf von Selbstorganisationen gegen Rassismus entwickelt? Wie spiegelte sich der Kampf der migrantischen Selbstorganisationen und die Praxis der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen in einer gemeinsamen Erinnerungskultur wider?

Im Hinblick auf die Mobilisierungen der Arbeitsmigrant\*innen bei den Gewerkschaften und Selbstorganisationen stellen sich die folgenden Fragen: Wie näherten sich die Selbstorganisationen und Gewerkschaften in ihren Wertvorstellungen und Interessen an? Wie wurden der gewerkschaftliche und der migrantische Kampf um migrantische Anerkennung und gegen Rassismus miteinander verbunden und welche Spannungen blieben bestehen?

## Vorstellung der Beiträge

Der Eröffnungsbeitrag von Simon Goeke untersucht die Verbindungen zwischen der Selbstorganisation in Westdeutschland und dem Internationalismus der 68er-Bewegung. Goeke argumentiert, dass die unbekanntere Vorgeschichte der heutigen

---

29 Alexopoulou, Maria: Rassismus als Leerstelle der deutschen Zeitgeschichte, in: Nationaler Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (Hg.): Rassismusforschung I, Bielefeld 2023, S. 23–56.

antirassistischen Bewegungen in den Beziehungen zwischen den ‚Achtundsechzigern‘ und den Migrant\*innengruppen zu verorten ist. Dabei verweist er auf migrantische Streiks und linke Betriebsinterventionen, die spätestens seit 1968 auch im Zusammenspiel gedacht werden müssen und tatsächlich zu einem wachsenden Bewusstsein der Migrant\*innen um ihre Stellung und Rechte beitrugen. Die historische Bewertung des Einflusses der 68er-Bewegung auf die wilde Streikwelle von 1973 erscheint zunächst bescheiden, da ihre Wirkung von anderen wichtigen Akteuren und der Selbstorganisation ausländischer Beschäftigter überlagert wurde. Dennoch ist es wichtig zu erkennen, dass die Interventionen der 68er die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig geprägt haben. Ihre Bemühungen veränderten die politische Landschaft, indem sie die internationale Solidarität förderten, sich an den Bewegungen in den Mittelmeerländern orientierten und sich den veränderten gesellschaftlichen Realitäten anpassten. Das Verhältnis zu den ausländischen Beschäftigten hat das politische und soziale Gefüge in Westdeutschland tiefgreifend beeinflusst und zur Entstehung antirassistischer Bewegungen beigetragen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die direkten Auswirkungen der Interventionen der 68er am Arbeitsplatz in den Fabriken zwar begrenzt zu sein scheinen, dass aber ihre breitere Wirkung die politische Kultur durchdrang und den Weg für wichtige gesellschaftspolitische Veränderungen in den folgenden Jahren eröffnete.

Das zweite Kapitel von Wolfgang Jäger untersucht die Veränderungen in der Migrationspolitik zweier Gewerkschaften innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) und der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik (IG CPK), die seit ihrer Fusion 1997 die heutige Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) bilden. Mit Blick auf den Zeitraum zwischen 1970 und 2000 stellt Jäger einen Wandel hin zur Solidarität mit Arbeitsmigrant\*innen fest, der durch die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, den Anwerbestopp, die Rückkehr- und Integrationsinitiativen und schließlich den Kampf gegen Rassismus gekennzeichnet war. Jäger zufolge wuchs in dieser Zeit in den betroffenen Gewerkschaften die solidarische Haltung gegenüber den ausländischen Beschäftigten, was auch damit zusammenhing, dass der Bergbau zunehmend wirtschaftlich auf die Migranten angewiesen war. Die Vorbehalte in Gewerkschaftsverwaltung gegenüber einer eigenständigen migrantischen Interessenvertretung von ausländischen Beschäftigten hätten jedoch die „Integration“ der Migrant\*innen in die Organisation begrenzt und sogar die ab 1980 entstandenen Arbeitskreise für ausländische Arbeitnehmer\*innen unattraktiv gemacht. Letztendlich habe dies dazu geführt, dass die Beteiligung von Arbeitsmigrant\*innen in den Ortsverbänden und Arbeitsgruppen der IGBE nach den Wahlen von 1990 zurückgegangen sei.

Die Erörterung der Migrationspolitik bei den Einzelgewerkschaften bietet uns wichtige Erkenntnisse für den Vergleich der gewerkschaftlichen Reaktionen auf

den Kampf der Arbeitsmigrant\*innen um ihre Anerkennung. So waren die Arbeitsgruppen in der IGBE und der IG CPK keine autonomen Gruppen, sondern wurden von deutschen Gewerkschaftssekretären geleitet. In der IG Metall hingegen wurden die Gewerkschafter\*innen mit Migrationshintergrund auf dem Gewerkschaftstag 1983 als Personengruppe analog zur Jugend, den Frauen oder den Angestellten anerkannt. Damit erhielten sie das Recht eigenständig Aktivitäten zu organisieren und der Generalversammlung Satzungsänderungen vorzuschlagen. Was hat diese Entwicklung in der IG Metall ausgelöst und vorangetrieben? Nihat Öztürk analysiert in seinem Beitrag die migrantischen Kämpfe um ihre Rechte von den spontanen Streiks der 1970er-Jahre bis zu den Debatten um die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts Ende der 1990er-Jahre. Öztürk zufolge war dieser Zeitraum sowohl von dem Kampf der migrantischen Selbstorganisationen und Gewerkschaften für eine Gleichberechtigung als auch vom Kampf gegen den zunehmenden Rassismus in der deutschen Gesellschaft geprägt. Wahlrecht, zumindest auf kommunaler Ebene, die Erleichterung der Einbürgerung und die doppelte Staatsbürgerschaft wurden zu den Hauptforderungen die migrantische Selbstorganisationen und DGB-Gewerkschaften teilten.

Obwohl es bis Anfang der 1980er-Jahre Meinungsverschiedenheiten zwischen der IG Metall und dem DGB gab, setzte sich die Politik der IG Metall, die sich gegen Diskriminierung und Abschiebung wandte, in der Folgezeit weitgehend durch. Gerade angesichts dieses mutigen Kampfes der Gewerkschaften und migrantischen Selbstorganisationen für ihre Rechte sieht Öztürk heute eine der größten Herausforderungen im Aufkommen von Rassismus auf politischer und gesellschaftlicher Ebene. Ihm zufolge ist die Einbeziehung von Arbeitsmigrant\*innen in die Gewerkschaften nach wie vor eine der größten Errungenschaften der IG Metall. Am Beispiel der IG Metall weist Öztürk darauf hin, dass die Inklusion von migrantischen Beschäftigten in Gewerkschaften und andere demokratische Plattformen die „Vielfalt in der Einheit“ fördern und zu einer friedlichen und integrativen Gesellschaft führen kann.

Inwieweit stehen Gewerkschaftsmitglieder mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland hinter dem Ideal von Solidarität und Diversität? Wie verhält sich dieser gewerkschaftliche Anspruch zu tatsächlichen Einstellungen und Vorstellungen Einzelner, die als Teil einer solidarischen Gemeinschaft verstanden werden können? Und hängen diese Vorstellungen mit der eigenen gesellschaftlichen Stellung zusammen? Die Soziologin Dr. Milena Prekodravac beantwortet diese Fragen auf Grundlage einer Studie, die am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen im Auftrag der IG Metall entstanden ist. Im Fokus stehen dabei weniger die kollektiven Kämpfe als die Lebensweisen und Werdegänge sowie die betrieblichen Einbindungen von Vertrauensleuten und Betriebsratsmitgliedern unterschiedlicher Branchen innerhalb der IG Metall. Die Studie zeigt zum einen, dass sich unter betrieblich aktiven Gewerkschaftsmitgliedern durchaus unterschiedliche Gesellschaftsbilder

finden lassen. Diese Gesellschaftsbilder fußen in Teilen auf Vorstellungen von Innen und Außen, beispielsweise entlang nationalstaatlicher Grenzen und gesellschaftlicher sowie betrieblicher Zugehörigkeiten. Prekodravac verweist auf vier mögliche Ausprägungen, die ebenso mit jeweiligen Gewerkschaftsbildern zusammenhängen. Zum anderen gibt es unter den aktiven Gewerkschaftsmitgliedern aber auch ein gemeinsam geteiltes Selbstverständnis, das stark geprägt ist von Wahrnehmungen von Sicherheit und dem Wunsch nach Stabilität in der Gesellschaft. Eine Mobilisierung des gewerkschaftlichen Engagements, das nicht auf Ausschluss beruht, ist trotz Krisenerfahrungen aber möglich.

Die Meinungsunterschiede zwischen migrantischen und deutschen Gewerkschafter\*innen werden bei Protestaktionen meist übersehen. Im fünften Beitrag wird dies anhand einer Fallstudie sehr aktuell in Frage gestellt. Lisa Riedner behandelt den Streik um die 35-Stunden-Woche 1984 anhand der Mobilisierung in Stuttgart, die über einen reinen Arbeitskampf hinausgeht. Die Beteiligung ausländischer Beschäftigter am Streik verdeutlicht deren besondere Gefährdung durch Arbeitslosigkeit und Rassismus. Die Dynamik der Organisation als „ausländische Kollegen“ in der IG Metall zeigte nicht nur ihre starke Beteiligung am Streik, sondern machte auch die parallele Existenz einer sozialen Bewegung unter den Arbeitsmigrant\*innen deutlich. Obwohl sie als nicht-deutsche Beschäftigte spezifische Forderungen formulierten, wurden diese nicht offiziell in den Forderungskatalog aufgenommen.

Riedners Untersuchung geht auch auf die Debatte um die Haltung der IG Metall gegenüber den migrantischen Beschäftigten ein: Die eine Position betonte den Beitrag der Migrant\*innen zur Stärke der Gewerkschaft und plädierte für die Vertretung ihrer spezifischen Interessen, während die andere Position die deutsche Belegschaft in den Mittelpunkt stellte und Migration als Bedrohung ansah. Darüber hinaus zeigt die Analyse, dass die Arbeitgeber\*innen auf die starke Mobilisierung von Migrant\*innen während des Streiks mit einer Privilegierung deutscher Beschäftigter reagierten. Dies verdeutlicht die Anpassungsfähigkeit des Rassismus als Reaktion auf die Kämpfe der Migration.

Riedners Studie hinterfragt damit das vorherrschende Narrativ, das die historische Verbindung zwischen organisierter Arbeit in Deutschland und verschiedenen Migrationsgeschichten vernachlässigt. So sei die vorherrschende Erzählung der Tarifauseinandersetzungen von 1984 pauschal auf alle Arbeiter\*innen bezogen, mache den Beitrag von migrantischen Arbeiter\*innen zu diesem Kampf unsichtbar und thematisiere kaum die Bedeutung dieser Auseinandersetzung für die antirassistischen Kämpfe um Anerkennung und gegen den Verlust des Arbeitsplatzes. Mit dieser Kritik fordert Riedner eine tiefergehende Auseinandersetzung mit den Konflikten zwischen Migrant\*innenorganisationen und Gewerkschaften, um die Erinnerung an die antirassistischen Kämpfe zu versachlichen.

Caner Tekin lenkt den Blick von der gewerkschaftlichen Organisation von Migrant\*innen auf konservative migrantische Vereine in Köln. Besonders interessiert ihn hierbei, wie sich die Beziehung zu den Gewerkschaften von den 1960er bis Ende der 1980er-Jahre entwickelte. Einer der Hauptgründe für das Wachstum dieser Vereine in den 1970er-Jahren war die Frage der religiösen Betreuung der türkischen Arbeitsmigrant\*innen, die vom türkischen Staat nicht angemessen geregelt wurde und außerhalb des Aufgabenbereichs der AWO lag. Die DGB-Abteilung Ausländische Arbeitnehmer sah den türkischen Staat in der Verantwortung ein solches Angebot von religiösen Diensten zu schaffen. Die meisten muslimischen Vereine wurden von den Gewerkschaften als reaktionäre Bedrohung empfunden. Die religiösen Verbände wiederum kritisierten die DGB-Gewerkschaften, sie würden Kommunist\*innen beherbergen, marxistische Propaganda betreiben und den religiösen Bedürfnissen muslimischer Arbeitnehmer keine Beachtung schenken. Tatsächlich gründeten politisch-islamische Vereine dann auch Konkurrenzgewerkschaften. So stellten die Arbeitnehmergruppen der konservativen Verbände bei den Betriebsratswahlen der Ford-Werke Listen gegen die IG Metall auf. Bis Ende der 1980er-Jahre erzielten sie beachtliche Wahlerfolge und erhielten einige oppositionelle Sitze im Betriebsrat. In der Folge war die Frage der religiösen Dienste über einen Zeitraum von 30 Jahren einer der Hauptstreitpunkte zwischen den konservativen Verbänden und dem DGB.

Die gemeinsame Herausforderung für sozialistische und religiöse Migrant\*innenorganisationen in den 1970er und 1980er-Jahren bestand häufig darin, sich für ihre politische Agenda einzusetzen und gleichzeitig ihre Legitimität gegenüber den Gewerkschaften und den deutschen staatlichen Stellen zu wahren, die einer Zusammenarbeit mit ihnen skeptisch gegenüberstanden. In diesem Sinne untersucht Elisabeth Kimmerle im siebten Kapitel die Entstehung türkischer Frauenvereine in West-Berlin und Westdeutschland als politische Räume lokaler Selbstorganisation und transnationaler Mobilisierung. Sie beleuchtet deren Bemühungen, scheinbar private Themen zu politisieren und transnationale Netzwerke aufzubauen. Insbesondere werden die Aktivitäten des Türkischen Frauenvereins in Berlin im Kontext von Frauensolidarität, politischer Agenda sowie staatlicher und kommunaler Förderung untersucht. Der Verein gehörte zu den Gründungsorganisationen des ersten türkischen sozialistischen Frauendachverbandes in der Bundesrepublik und bemühte sich in den 1970er-Jahren um die Organisierung einer bundesweiten Frauenbewegung.

Ende der 1970er-Jahre wurde der Türkische Frauenverein vom Verfassungsschutz als prosovjetsch-kommunistisch eingestuft. Auch der DGB stand dem Verein sowie vielen anderen politischen Migrant\*innenorganisationen Ende der 1970er-Jahre distanziert gegenüber. Kimmerle diskutiert den sozialen und politischen Kontext in Westdeutschland Ende der 1970er-Jahre und beleuchtet die Komplexität und die Schwierigkeiten, mit denen Migrantinnen konfrontiert waren, wenn sie

sich öffentlich für politische Anliegen einsetzen. Der Beitrag untersucht damit das Spannungsfeld zwischen Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit als politische Strategie türkischer Frauenorganisationen und die Auswirkungen dieser Entscheidungen innerhalb der soziopolitischen Landschaft.

In einem solchen Umfeld mobilisierten Migrantinnen in Nähkursen für den Sozialismus und verfolgten zugleich das Ziel eine politische Subjektivität der Frauen für ihre Emanzipation zu fördern. Dabei mussten die Frauenvereine das heikle Gleichgewicht zwischen städtischer Finanzierung und politischer Ausrichtung halten und somit neben sichtbaren auch unsichtbare Formen des Aktivismus wählen. Um die finanzielle Unterstützung des Türkischen Frauenbunds durch den Berliner Senat nicht zu gefährden, wurde beispielsweise die sozialistische Agenda des Vereins nicht immer offen kommuniziert.

Die Selbstorganisation von migrantischen Communities in ihren eigenen sozialen Milieus scheint nicht nur Einfluss auf große Organisationen wie Gewerkschaften zu haben, sondern auch auf kleinere, informelle Interessengruppen und Bündnisse. Stefan Zeppenfeld untersucht in seinem Beitrag die Lokalgeschichte Berlin-Kreuzbergs und liefert wichtige Erkenntnisse über den Einfluss von Migrant\*innen auf den sozialen Wandel im Viertel. Türkeistämmige Kreuzberger\*innen führten Kämpfe um bezahlbaren und guten Wohnraum sowie für eine bessere Gesundheitsversorgung und gegen Diskriminierungen im Stadtteil, indem sie Basisorganisationen und lose, informelle Netzwerke aufbauten. Dabei ermöglichte ihnen oft gerade die Zusammenarbeit mit deutschen Initiativen soziale Ungerechtigkeiten und rassistische Diskriminierungen abzubauen. Die Lokalgeschichte gibt somit Einblicke in die Widerstands- und Handlungsfähigkeit marginalisierter Gruppen. Sie zeigt migrantisches Engagement und macht kleinteilige, aber unverzichtbare Solidaritätsnetzwerke sichtbar. Die Dokumentation dieser lokalen Geschichten birgt jedoch ihre eigenen Herausforderungen, da die Erfahrungen marginalisierter Menschen oft in historischen Überlieferung randständig bleiben. Zeppenfeld empfiehlt daher, den Fokus auf formelle Organisationen mit den Erzählungen kleinerer Initiativen und informeller Gruppen auszubalancieren, um so die Geschichte marginalisierter Menschen objektiver schreiben zu können.

Während die Literatur zu Migrant\*innenorganisationen in Westdeutschland mittlerweile reich an Erkenntnissen ist, befindet sich die Forschung zu migrantischen Selbstorganisationen in Ostdeutschland noch in den Anfängen. Der Beitrag von Tom Drechsel, Carsta Langner und Nick Wetschel bietet einen hervorragenden Überblick über die bisherige Historiographie ostdeutscher Migrationsgeschichte und zeigt zugleich auf, wie migrantische Selbstorganisationen in der DDR und in der ostdeutschen Umbruchgesellschaft der 1990er-Jahre Kämpfe um Anerkennung, Bleiberecht, und gegen rassistische Ausschlüsse und Gewalt führten. Es wird deutlich, dass Migrant\*innen in Ostdeutschland wichtige Netzwerke zur Selbstverteidigung in einer wiedervereinigten deutschen Gesellschaft bildeten und diese

teilweise auch über die Wendezeit hinaus aufrechterhalten konnten. Häufig ging die ‚Deutsche Einheit‘ jedoch für Migrant\*innen in Ostdeutschland mit neuen Aufenthaltsbedingungen und grundsätzlich veränderten Perspektiven einher. In dieser Situation waren alte, aber auch neue und teilweise auch westdeutsche Solidaritätsnetzwerke entscheidend für den Erfolg des migrationspolitischen und antirassistischen Engagements. Basierend auf Interviews mit mosambikanischen Aktivist\*innen, die während der Umbruchgesellschaft in Ost-Berlin lebten, argumentieren die Autor\*innen außerdem, dass vor allem private Kontakte, die noch aus den 1970er und 1980er-Jahren stammten, zu den wichtigsten Netzwerken wurden, um sich in der wiedervereinigten deutschen Gesellschaft zu behaupten. Diese Netzwerke boten gegenseitige Unterstützung gegen Rassismus und rechte Gewalt, erleichterten die Erlangung einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis, halfen bei der Arbeitssuche und ermöglichten die Artikulation und Organisation gemeinsamer lokalpolitischer Interessen. Inzwischen ist allgemein anerkannt, dass die Sicherung, Dokumentation und der Zugang zu relevanten Quellen und Wissensbeständen von gesellschaftlicher Bedeutung sind. Die Zusammenarbeit mit Migrant\*innenselbstorganisationen in Ostdeutschland ist dafür unverzichtbar.

Der Beitrag von Stijn Carpentier betrachtet die Beziehungen zwischen Gewerkschaften, seinen migrantischen Mitgliedern und den Selbstorganisationen von Zugewanderten in Belgien. Sowohl die christliche ACV als auch der sozialistische ABVV strebten eine vollständige Integration der ausländischen Beschäftigten in die organisierte Arbeiterklasse Belgiens an. Die Gewerkschaften spielten eine entscheidende Rolle bei der Bereitstellung von Raum für Aktivismus für die Anerkennung von Migrant\*innen in der Gesellschaft, insbesondere nach dem 1974 in Belgien beschlossenen Anwerbestopp waren sie aber nicht mehr in der Lage, das Vereinsleben von Arbeitsmigrant\*innen vollständig zu kontrollieren. Angesichts der gewerkschaftlichen Kontrollversuche begannen die Selbstorganisationen eigene Wege zu gehen.

Während in Westdeutschland in den 1970er und 1980er-Jahren eine Annäherung zwischen Gewerkschaften und Migrant\*innen zu beobachten war, begannen die migrantischen Initiativen in Belgien sich in den 1980er-Jahren von ACV und ABVV zu distanzieren. Sie forderten mehr politischen Einfluss, eine stärkere finanzielle Unterstützung und kulturelle Unabhängigkeit.

Auf diese wachsenden Autonomiebestrebungen reagierten die beiden konkurrierenden Gewerkschaften wiederum mit Kontrollmaßnahmen, vertraten aber durchaus unterschiedliche Positionen, was den langfristigen Aufenthalt von Migrant\*innen in Belgien angeht. Für Carpentier scheiterten die gewerkschaftlichen Integrationsstrategien in Belgien in den 1980er-Jahren daher weniger an einer von oben nach unten gerichteten Politik der Gewerkschaften, als vielmehr an einer missglückten Interaktion, die gerade auf Grund der weitgehenden Autonomie mi-

grantischer Initiativen, auch stark von deren Handlungen und Entscheidungen beeinflusst war.

Im Gegensatz zu der weit verbreiteten Wahrnehmung von Migrant\*innen als passive Opfer werden in diesem Kapitel aktivistische Migrant\*innen als Gesprächspartner in der belgischen Arbeiterbewegung verstanden. Für Carpentier sollten sich der Fokus historischer Forschung von der formellen Migrationspolitik der Gewerkschaften auf die informelle Handlungsfähigkeit der Migrant\*innen verlagern, um die Dynamik zwischen beiden Parteien besser zu verstehen. Der Blick in ein anderes europäisches Einwanderungsland zeigt damit deutlich auf, welche unterschiedlichen Dynamiken sich unter ähnlichen Voraussetzungen in Bezug auf Kooperation und Konfrontation zwischen Gewerkschaften und migrantischer Selbstorganisation ergeben konnten.

Die Beiträge dieses Sammelbandes zeigen wie Migrant\*innenselbstorganisationen sich Gehör verschafften und dazu beitrugen, gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen. Oftmals waren Gewerkschaften wichtige Ansprechpartner oder gar Verbündete. Doch in vielen Fällen entwickelten sich die Selbstorganisationen auch unabhängig oder gar in Abgrenzung zu den Gewerkschaften. Die Bündnisse im Zusammenhang mit der 68er-Bewegung, die lokalen Communityorganisationen in West-Berlin und die migrantischen Communities in der DDR und der ostdeutschen Umbruchgesellschaft, zeugen von Erfahrungen jenseits der Gewerkschaftsbewegung, die aber entscheidend für den Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit und für die Bildung solidarischer Netzwerke gegen Rassismus waren. Die Zusammenarbeit zwischen Migrant\*innenselbstorganisationen und lokalen deutschen Initiativen oder den DGB-Gewerkschaften während der Streikwellen ist nicht nur ein Beispiel für die Fähigkeit von Basisorganisationen, soziale Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, sondern verdeutlicht auch die Bedeutung transkultureller Zusammenarbeit für die Entwicklung inklusiver und superdiverser Gesellschaften.

Die Frage inwiefern Forderungen ausländischer Beschäftigter in den deutschen und belgischen Gewerkschaften Gehör fanden und umgesetzt wurden, wird in den Beiträgen vor allem anhand von lokalen Beispielen diskutiert. Zwar haben sich die Einstellungen zur Migration und zu den Rechten von Arbeitsmigrant\*innen in den Gewerkschaften und den meisten Migrant\*innenorganisationen im Laufe der Zeit angenähert, doch sind die Interessensgegensätze nie ganz überwunden worden. Die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und konservativen migrantischen Gruppen in den 1970er und 1980er-Jahren waren auf betrieblicher Ebene geprägt von Rivalität und politischer Unvereinbarkeit. Bis heute sind die gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Bilder von Gewerkschafter\*innen mit und ohne Migrationshintergrund nicht vollständig angeglichen und bleiben anfällig für gesellschaftliche Spannung.

Das Spektrum migrantischer Netzwerke und Selbstorganisationen war mit Sicherheit wesentlich breiter, als es die in diesem Sammelband zusammengestellten

Beiträge abdecken können. Neben Gewerkschaften, linken (Frauen-)Gruppen, Herkunftscommunities und religiösen Vereinigungen wären mindestens noch Sportvereine, kulturelle und politische Organisationen sowie berufliche und nachbarschaftliche Netzwerke als Leerstellen dieses Bandes zu nennen. Oft scheitern Studien dazu an der mangelnden Überlieferung und konzentrieren sich deshalb auf Oral History Projekte, die häufig wenig Nachhaltigkeit und Vergleichbarkeit untereinander aufweisen. Es erscheint entsprechend dringend notwendig, die Erfahrungen marginalisierter Gruppen besser und stärker zu dokumentieren und langfristig zu archivieren, um die mit dieser Marginalisierung einhergehenden Unsichtbarkeiten nicht in historische Narrative zu reproduzieren. Die Erforschung und Dokumentation von Migrant\*innenorganisationen wird die Grundlage für eine gemeinsame Erinnerungskultur zum Thema Migration schaffen und zu einem gemeinsamen Geschichtsverständnis beitragen, in dem migrantische Kämpfe um Anerkennung und gleiche Rechte, also letztlich darum den Status des Migrant\*inendaseins zu verlassen, im Mittelpunkt stehen.

Simon Goeke

## Migration, Selbstorganisation und der Internationalismus der Achtundsechziger

1968 kann als „Kristallisationspunkt verschiedener Entwicklungslinien eines sich bereits angestauten Entwicklungsschubs“ betrachtet werden.<sup>1</sup> Es ist wichtig zu betonen, dass die Proteste in der Bundesrepublik, schon vor dem Höhepunkt 1967/68 in einen transatlantischen und europäischen Kontext eingebettet waren, der sich aus Bürgerrechtsbewegungen, Jugendrevolten und Debatten der ‚Neuen Linken‘ zusammensetzte und bereits seit Beginn der 1960er-Jahre existierte. Teilweise baute sich diese Bewegung auch aus den Überresten einiger linkssozialistischer Organisationen der Weimarer Republik auf.<sup>2</sup> Erst in jüngster Zeit wird allerdings auch vermehrt darauf hingewiesen, dass 1968 tatsächlich ein Ereignis war, das sich auch im Globalen Süden abspielte.<sup>3</sup> Und auch in den vorwiegend südeuropäischen Ländern, mit denen die Bundesrepublik ein Anwerbeabkommen geschlossen hatte und aus denen die größten Gruppen von Arbeitsmigrant\*innen nach Westdeutschland kamen, waren die 1960er-Jahre geprägt von Jugendrevolten, sozialem Aufbegehren und dem Widerstand gegen diktatorische Regime, wobei Student\*innen meist eine besondere Rolle einnahmen.<sup>4</sup> Oftmals blickten die deutschen Student\*innen mit Bewunderung auf die sozialen Kämpfe in Südeuropa und die anticolonialen Befreiungsbewegungen im Globalen Süden. Hier schien es organische Verbindungen zwischen Studentenprotesten und Arbeiterbewegung zu geben. In West-Deutschland

---

1 Korte, Hermann: Eine Gesellschaft im Aufbruch. Die Bundesrepublik Deutschland in den sechziger-Jahren, Wiesbaden 2009, S. 31.

2 Vgl. Frei, Norbert: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München 2017; Kritidis, Gregor: Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 2008.

3 Becker, Heike: Das „globale 1968“ auf dem afrikanischen Kontinent, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung Online-Publikationen, Mai 2018, online: <https://www.rosalux.de/publikation/id/38964/das-globale-1968-auf-dem-afrikanischen-kontinent> (letzter Zugriff: 18.11.2024).

4 Vgl. bspw. Tolomelli, Marica: Studenten und Arbeiter 1968 in Italien. Möglichkeiten und Grenzen eines schwierigen Verhältnisses, in: Gehrke, Bernd/Horn, Gerd-Rainer (Hg.): 1968 und die Arbeiter. Studien zum „proletarischen Mai“ in Europa, Hamburg 2007, S. 295–313; Tosstorff, Reiner: Proletarischer und studentischer Protest unter Franco 1968 in Spanien, in: Kastner, Jens/Mayer, David (Hg.): Weltwende 1968? Ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive, Wien 2008, S. 188–204; Bilgin, Ayhan: Die 68er Bewegung in der Türkei, in: UTOPIE kreativ, Nr. 213/214 (2008), S. 628–645; Kanzleiter, Boris/Stojaković, Krunoslav (Hg.): „1968“ in Jugoslawien. Studentenproteste und kulturelle Avantgarde zwischen 1960 und 1975; Gespräche und Dokumente, Bonn 2008.

waren solche Bündnisse spätestens seitdem die Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 nicht zu einem flächendeckenden Streik geführt hatte, in weite Ferne gerückt. Die deutschen internationalistischen Linken verstanden in dieser Situation oftmals Ausländische Arbeiter\*innen und Student\*innen als revolutionäre Avantgarde, also als ein geeignetes Vehikel um die sozialen Kämpfe in der Bundesrepublik zu radikalisieren.

Der folgende Beitrag betrachtet die Zusammenhänge zwischen migrantischer Selbstorganisation und dem Internationalismus der Achtundsechziger in Westdeutschland und argumentiert, dass hier die oft vernachlässigte Frühgeschichte der gegenwärtigen antirassistischen Bewegungen zu finden ist. Tatsächlich wurden diese organisierten Zusammenhänge dann in den 1970er-Jahren auf betrieblicher Ebene immer wieder zu offenen Gegenspielerinnen der Gewerkschaftsorgane oder Betriebsräte. Oft wurden sie für die Eskalation betrieblicher Konflikte verantwortlich gemacht.

Anhand der Beispiele der Westberliner Basisgruppen und der Arbeiterbasisgruppen (später Gruppe Arbeitersache) in München wird deutlich, inwiefern sich die Hoffnungen der Achtundsechziger die ausländischen Arbeiter\*innen könnten eine neue Avantgarde der Klassenkämpfe bilden, auf reale Erfahrungen stützten oder sich allein aus theoretischen Überlegungen zu einer neuen Phase des Internationalismus ergaben. Zunächst soll aber die Selbstorganisation der Migrant\*innen vor 1968 in den Blick genommen werden.

## 1. Selbstorganisation beginnt an den Bahnhöfen

Schon mit der Ankunft der ersten von der vom Bundesamt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (BAVAV) organisierten Sammelzüge mit angeworbenen Arbeitskräften aus Südeuropa wurden die Bahnhöfe zu den wichtigsten Treffpunkten der migrantischen Communities. Die mehr oder weniger verabredeten Zusammenkünfte an einem öffentlichen Platz spiegelten einerseits eine in den Herkunftsländern übliche Form der Freizeitgestaltung, waren aber sicherlich auch eine Folge der mangelnden Alternativen und der Enge der Wohnheime geschuldet. Fotos und Berichte belegen, dass die Bahnhöfe vor allem von Männern frequentiert wurden. Migrantinnen waren hier weniger anzutreffen.

Bahnhöfe waren und sind gerade für neue Einwohner\*innen einer Großstadt mit vielen Vorteilen verbunden. Der Ort ist oft über die Anreise bekannt. Er ist öffentlich und kostenlos zugänglich und bietet Schutz vor Regen. Internationale Presse war in den 1960er und 1970er-Jahren fast ausschließlich hier zu bekommen. Zusätzlich erhielt man auch von Neuankommenden Informationen aus der Herkunftsregion. Nicht zuletzt waren die Zugstationen aber auch Orte der Sehnsucht.